



Kurzer Ergebnisbericht

zur 22. Jahrestagung

der Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften Osnabrück
am 14. und 15. November 2022

20. Jahrestagung „Corona – Arbeit – Gesellschaft. Wie beeinflusst die Pandemie die Arbeitswelt?“

Mit rund 70 Teilnehmenden war die 20. Jahrestagung, die diesmal in den Räumlichkeiten der Universität Osnabrück stattfand, angesichts der langen pandemiebedingten Pause und der neuen Normalität in der Resonanz von Präsenzveranstaltungen recht gut besucht. Dennoch sollen in Zukunft durch angepasste Formate, (hybride) Teilnahmeangebote und eine Modernisierung der Bewerbung wieder höhere Teilnehmendenzahlen erreicht werden.

Zum 20. Jubiläum der Jahrestagung umfasste diese zum ersten Mal zwei Tagungstage; vor allem um dem facettenreichen Thema „Pandemie und Arbeitswelt“ ausreichend Raum für eine differenzierte Betrachtung aus wissenschaftlicher und arbeitsweltlicher Perspektive zu bieten. Am ersten Tagungstag sprachen sechs Referent:innen aus Gewerkschaften und Forschung, jeweils mit anschließender kurzer Diskussion, zu unterschiedlichen Aspekten der arbeitsweltlichen Effekte der Pandemie.

Dr. Mehrdad Payandeh (DGB) machte in seinem Vortrag zum „neuen Normal“ in der Arbeitswelt zwei Punkte deutlich: Erstens dürfe die Bewertung des sich in der Pandemie konkretisierenden Bedeutungszuwachses mobiler Arbeit nicht allein auf Flexibilitätszugewinne beschränkt bleiben, sondern muss auch die einhergehenden Entgrenzungsdynamiken kritisch einbeziehen. Zweitens beinhalte das Phänomen mit der zunehmenden Einkommensungleichheit einen weiteren Aspekt. Aus beiden Beobachtungen wiederum ergäben sich klare Handlungserfordernisse für die Politik, einen äquivalenten gesetzlichen Regulierungsrahmen für mobile Arbeit zu schaffen, die Tarifbindung zu stärken und im Bereich Leih- und Werkarbeit nachzusteuern.

Ein Einblick in die gesellschaftlichen Verschiebungen bot dann Prof. Dr. Oliver Nachtwey (Universität Basel). Basierend auf Befragungen akzentuierte er die Corona-Proteste als Freiheitskonflikte und zeigt so auf, dass es sich weder um eine homogene noch um eine eindeutig rechtspolitische Bewegung handle. Vielmehr hätten wir es mit einer heterogenen Gruppe zu tun, die ausgehend von einem libertären Gesellschaftsverständnis auf die pandemiepolitischen Freiheitsbeschränkungen reagiert habe. Insbesondere im Alpenbereich sei diese geprägt von anthroposophischen und verschwörungstheoretischen Denkansätzen, die sich nicht zwangsläufig von rechten Ideen abgrenzen ließen, sondern diesen sogar zentrale Anknüpfungspunkte böten. Das betreffe v.a. die herrschaftskritische und antiautoritäre Grundeinstellung sowie das geringe Institutionenvertrauen, welche, kanalisiert zu einem „Generalverdacht“ gegenüber Politik und Wissenschaft, die Akzeptanz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung herabsetzen würden.

Prof. Dr. Hajo Holst (Universität Osnabrück) lenkte den Fokus dann wieder zurück auf die Arbeitswelt, knüpfte aber an das Vorhergesagte an, indem er sich, auf Grundlage der Daten aus dem Arbeitsweltmonitor „Arbeiten in der Corona-Krise“ und differenziert nach unterschiedlichen Arbeitslogiken und Qualifikationsgraden, mit den Effekten auf das Gesellschaftsbild der Beschäftigten befasste. Dass eine solidarische Bearbeitung der Corona-Pandemie an vielen Stellen nicht gelungen sei, zeige das sich besonders in unteren Schichten durchsetzende Bild einer dichotomen und nicht alle Arbeitsleistungen würdigenden Gesellschaft.

Mit ihrem Vortrag zum Thema „Pandemie und Sorgearbeit“ schärfte Dr.in Sonja Bastin (Universität Bremen) den inhaltlichen Fokus der ersten Tageshälfte dann ein weiteres Mal. Die Corona-Krise, so Bastin, brächte ans Tageslicht, dass unsere Gesellschaft, was die Wertschätzung sowie die Verteilung von Sorgearbeit und damit auch das Ziel von Gleichstellung angehe, bei Weitem dem Zustand hinterherhinke, den wir längst wähten erreicht zu haben. Ursachen für diesen Rückstand seien das strukturelle Machtgefälle zwischen den Geschlechtern in Ökonomie, Politik und Kultur, denen es gelte, die Anerkennung der Unvereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit vorausgesetzt, politisch zu begegnen.

Auch Sylvia Bühler, ver.di-Bundesvorstandsmitglied, forderte die Politik mit Nachdruck auf, Lehren aus der Pandemie zu ziehen. Diese habe die strukturellen Missstände im Sozial- und Erziehungsdienst sowie in der Alten- und Gesundheitspflege ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Doch um das Ziel, die Ökonomisierung dieser



Bereiche zu beenden und zu einer Logik der öffentlichen Daseinsvorsorge als gemeinnützig organisiertes und bedarfsgerechtes Angebot zurückzukehren, zu erreichen, sei es unumgänglich, zuerst die Arbeitsbedingungen dort erheblich zu verbessern: „Zwei Seiten einer Medaille“.

Dr. Peter Birke (SOFI Göttingen) konzentrierte sich dann auf migrantische Arbeit in der Fleischindustrie und im Online-Handel. Die fast immer unter prekären Arbeits- und Lebensbedingungen tätigen Beschäftigten hätten während der Pandemie, gestärkt durch die mediale Aufmerksamkeit im Zusammenhang mit Masseninfektionen und Präventivisolation sowie stark zunehmender Arbeitsintensität und Arbeitskräftemangel, eine deutliche Verbesserung ihrer Handlungsmacht erfahren. Durch oft selbst organisierte Streikaktionen seien wichtige Verbesserungen durchgesetzt worden, wenngleich einer Verstetigung von Organisationsstrukturen die vorherrschende Beschäftigungslogik der beschleunigten Fluktuation, die durch neue Migrations- und Fluchtdynamiken weiter gefestigt wird, entgegenwirke. Das werfe die dringliche Frage an die Gewerkschaften auf, wie eine Organisation migrantischer Arbeit mit ihren spezifischen Voraussetzungen und Bedarfen in Zukunft gelingen könne.

Als letzter Programmpunkt des Tages stand eine Podiumsdiskussion, moderiert von Dr. Petra F. Köster (Kooperationsstelle Hannover-Hildesheim), zu den Herausforderungen der Pandemie für die betriebliche Interessenvertretung auf dem Tableau. Betriebliche Interessenvertreter:innen aus Industrie (Ramona Sudenfeld, VW Osnabrück), Dienstleistung (Patrick Seele, marketphone Osnabrück), Verwaltung (Susanne Franzus, Stadt Osnabrück) und Gesundheit (Iris Menzel, Klinikum Osnabrück) berichteten eindrücklich über das Erleben der Pandemie durch die Beschäftigten und die Arbeit in den Mitbestimmungsgremien bei der Umsetzung der Maßnahmen zum Infektionsschutz und zur Sicherung der materiellen Existenz. Deutlich wurde einerseits wie heterogen die Auswirkungen auf die Arbeit in den verschiedenen Betrieben und Arbeitsbereichen waren. Andererseits verdeutlichte die Diskussion ein weiteres Mal, welchen entscheidenden Beitrag die betrieblichen Interessenvertretungen zur Bearbeitung geleistet haben.

Am zweiten Tagungstag stand zunächst die Reorganisation von Gewerkschaftspolitik im Vordergrund. Dr. Hans-Jürgen Urban (IG Metall) nahm zunächst die Herausforderungen in den Blick, die unserer Gesellschaft angesichts der gegenwärtigen Poly-Krise, der er die Corona-Krise als externen Schock zuordnete, bevorstünden. Derzeit befänden wir uns in einer ökonomisch-ökologischen Zangenkrise, die aus dem Widerspruch zwischen tradierter Wachstumsstrategie zur Herstellung sozialen Friedens und den Notwendigkeiten einer nachhaltigen ökologischen Transformation resultiere. Daraus ergebe sich ebenfalls ein Handlungsdilemma für die zukünftige Gewerkschaftspolitik und mache eine Neuorientierung an einem integrierten Reformismus, der sich an den Ansprüchen „Gute Arbeit“, „Faire Verteilung“, „Dekarbonisierung“ und „Demokratisierung“ ausrichtet, notwendig. Einziger Lösungsweg sei die Etablierung einer sozial-ökologischen Wirtschaftsdemokratie.

Der zweite, umfangreichere, Themenblock des Tages widmete sich der Neuordnung von Arbeit im Spiegel der Digitalisierung. PD. Dr. Tanja Carstensen (Universität Hamburg) befasste sich, ausgehend des Befundes, dass durch die Pandemie eine erhebliche Beschleunigung ausgelöst worden sei, mit der Neuordnung von Arbeit zwischen Präsenz und Homeoffice. Bei der Betrachtung der mannigfaltigen Chancen und Risiken, welche dieser Entwicklungsprozess mit sich bringe, sei stets zu beachten, dass unterschiedliche Lebenslagen immer auch unterschiedliche Bedarfe an Arbeitsformen bedeuteten. Daraus ergäben sich konkrete Gestaltungsherausforderungen, damit Flexibilität und Freiräume erhalten und arbeits- und gesundheitsschutzrechtliche Ansprüche sowie Möglichkeiten zur betrieblichen Mitbestimmung gewahrt bleiben, gleichzeitig aber Arbeitsverdichtung, Entgrenzung, Vereinzelung und Ungleichbehandlung verhindert werden.

Doch wie kann diesen Gestaltungsherausforderungen in der Praxis entsprochen werden? Dazu gab Michael Bartl (EVG, DB AG) am Beispiel der Deutschen Bahn AG einen Einblick in die bereits getroffenen und noch zu verhandelnden tarifvertraglichen und betrieblichen Vereinbarungen, um sowohl das zunehmende Bedürfnis der Beschäftigten nach einer verstärkten individuellen Gestaltbarkeit ihrer Arbeitsbedingungen, als auch die damit verbundenen grundlegenden Veränderungen der Arbeitsprozesse miteinander in Einklang bringen zu können. In diesem Rahmen stellt er das flex@work-Konzept und das Modellprojekt „Cube Berlin“ vor und betont die inzwischen enorme Bedeutung von Möglichkeiten flexibler Arbeitsformen im Wettbewerb um Fachkräfte.

Mit seinem Vortrag über gute digitale Arbeit lenkte Michael Steinwender (Technologieberatungsstelle NRW), ausgerichtet an den Bedarfen der individuellen Beschäftigten und der betrieblichen Interessenvertretung, den Blick auf die arbeitsweltliche Mikroebene. Am Beispiel des kombinierten Online- und Softwareangebots eines einzelnen Anbieters machte er, entlang der Aspekte „Kommunikation“, „Datenspeicherung“, „Transparenz“, „Si-



cherheit“ und „Künstliche Intelligenz“ deutlich, wie umfangreich die Regulierungserfordernisse für gute digitale Arbeit seien. Für eine an den Bedürfnissen der Beschäftigten orientierte „echte Beteiligung“ brauche es allerdings aktive und gut informierte bzw. beratene Interessenvertretungsgremien.

Zum Abschluss der Tagung kamen dann die letzten drei Referent:innen nochmals auf einem Podium mit dem Titel „New Work, Flex Work, Better Work? Neue Büro(raum)konzepte auf dem Prüfstand“, moderiert von Dr. Uwe Kröcher (Kooperationsstelle Oldenburg) zusammen. Es wurde diskutiert, dass, angesichts der Perspektive mobile Arbeit werde – da selbst unter Führungskräften inzwischen Vorbehalte abgebaut wurden – auch zukünftig als ein wesentliches Element unserer Arbeitswelt etabliert bleiben, und der Erfahrungen aus der Praxis, die zeigen, wie individuell diese gestaltet werde und gleichzeitig wie relevant Präsenzzeit für gutes Arbeiten sei, auch eine Weiterentwicklung von Büroraumkonzepten erforderlich sei. Dabei müsse, um Konflikte zu vermeiden, ebenfalls im Blick behalten werden, dass Arbeiten im Homeoffice ein Privileg sei und es nach wie vor Tätigkeiten gäbe, die nicht homeoffice-fähig seien. Alle auf dem Podium sind sich zudem einig, dass eine erfolgreiche Umgestaltung davon abhängt, dass die Bedingungen der sogenannten New Work von der betrieblichen Interessenvertretung mitgestaltet werde und die Teilnahme an bestimmten Komponenten wie dem Desksharing freiwillig sein müsse.

Carmen Thamm

Osnabrück, den 01. Dezember 2022

Kooperationsstelle



Hochschulen und
Gewerkschaften
in Osnabrück